GRÜNE BLÄTTER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 01.2014

HIER IST WA(H)L

KOMMUNAL- & EUROPAWAHLEN AM 25.5.14

INHALT

Hier gestalten und Europa erneuern	2
Starkes Land – Starke Kommunen	4
Grüne Bilanz in Europa	5
Ein Projekt, für das es sich zu kämpfen lohnt	6
Klimaschutz ohne Grenzen	8
Handelsabkommen TTIP – Das Trojanisches Pferd	9
Bäuerin aus Leidenschaft	10
Agrarpolitik, die allen schmeckt	11
Wählen ist supergeil ...	12
Stimme in die Parlamente!	12

Hier gestalten und Europa erneuern

Liebe Freundinnen und Freunde,
Wir stehen vor zwei bedeutenden Weichenstellungen: Am 25. Mai 2014 wird in Baden-Württemberg bei der Kommunalwahl über die Zusammensetzung der Gemeinderäte, der Kreistage und der Regionalversammlung der Region Stuttgart entschieden. Gleichzeitig wird in Europa das Europäische Parlament neu gewählt.

Wir GRÜNE stellen uns an diesem Tag als politische Kraft für eine demokratische, ökologische, solidarische und verlässliche Politik in den Kommunen und in Europa zur Wahl. Wir wollen Europa erneuern und in den Gemeinden, Städten und Kreisen den ökologischen und sozialen Wandel kraftvoll weiter voranbringen. Dafür werben wir um die Unterstützung und die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger.

Mehr Grün tut den Kommunen gut!

Wir GRÜNE stehen für starke und lebendige Kommunen. Wir setzen uns für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ein. Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft und für Chancengleichheit. Beteiligung und Transparenz sind für uns Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie – auch in den Kommunen. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt wird.

Wir haben als kontinuierlich stärker werdende Kraft in den Kommunen Baden-Württembergs sichtbare Erfolge erzielt. Viele unserer Themen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Ein nachhaltiger Umgang mit Natur und Umwelt hat für viele Bürgerinnen und Bürger einen hohen Stellenwert. Klimaschutz und die Nutzung erneuerbarer Energien beginnt vor Ort. Deshalb wollen wir in den Städten und Gemeinden die drei E konsequent umsetzen: mehr Erneuerbare Energien, mehr Energie-Effizienz und mehr Energie-Einsparung. Mit der energetischen Modernisierung von Rathäusern, Schulen, Sporthallen und Schwimmbädern lassen sich nicht nur Klimaschutz und Energiewende vor Ort umsetzen, gleichzeitig lösen wir damit auch den Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur auf.

In der Verkehrspolitik setzen wir GRÜNEN uns ein für den Ausbau des ÖPNV, für Fahrradwege und für Fußgängerinnen und Fußgänger. Bei der Kinderbetreuung, in der Bildungs- und Sozialpolitik und in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit haben wir vieles in Bewegung gebracht. Durch die grün-rote Landesregierung haben wir die Kommunen deutlich gestärkt, nicht zuletzt finanziell.

Grün-Rot hat die Grundlagen dafür geschaffen, dass in den Kommunen nun gute Ganztagsschulen, gute Gemeinschaftsschulen, Sprachförderung und Schulsozialarbeit flächendeckend ausgebaut werden. Wie beim Ausbau der Windkraft und des ÖPNV gilt aber auch hier: Das Land legt die Grundlagen, über die Umsetzung aber wird in den Gemeinderäten und Kreistagen entschieden. Dafür braucht es starke GRÜNE vor Ort.

In den Städten und Ballungsräumen fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Wohnen in der Stadt darf nicht zum Luxus werden. Wir wollen deshalb in den von stark steigenden Mietpreisen betroffenen Städten den öffentlich geförderten Wohnungsbau ausbauen – mit Unterstützung der Landesregierung, die die Wohnraumförderung deutlich aufgestockt hat.

Wir Grünen stehen für attraktive, lebenswerte, weltoffene und vielfältige Kommunen. Ob Ländlicher Raum oder Großstadt: Gute Lebensbedingungen und Perspektiven für Jung und Alt, Mann und Frau, Hetero und Homo, Deutsch und Nicht-Deutsch sind möglich und umsetzbar – vor allem mit starken GRÜNEN. Vielfalt und Toleranz, Kultur und Kreativität und ein funktionierendes Miteinander verschiedener Kulturen sind wichtige Ziele grüner Kommunalpolitik.

Wir GRÜNE machen uns für mehr Beteiligung, mehr Transparenz und mehr direkte Demokratie in den Kommunen stark. Die grün-rote Landesregierung wird hierfür in Kürze die Voraussetzungen deutlich verbessern: durch abgesenkte Quoren bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen haben wir zudem die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen bereits heute erweitert.

Europa ist erneuerbar

Wir GRÜNE sind die Europapartei. Die Europäische Union hat den Menschen in Europa viele Vorteile gebracht. Dazu gehören eine lange Zeit des Friedens und Wohlstands, der Abbau von Grenzen und die Zunahme von grenzüberschreitender Mobilität von Menschen, Gütern und Dienstleistungen. Die Europäische Union ist auch Vorreiterin für Gleichberechtigung und eine Taktgeberin für Umwelt- und Verbraucherschutz geworden.

Doch in Europa gilt es auch vieles besser zu machen. Das europäische Gebäude zeigt durch die Krise Risse und Konstruktionsfehler, die nach einem ökologischen und solidarischen Umbau verlangen. Die Belastungen der vergangenen Krise wurden ungleich zu Lasten der Staaten und Bürgerinnen und Bürger verteilt. Teilen der europäischen Jugend wurde die Zukunftsperspektive genommen. Mit Plänen, wie dem zum Handelsabkommen TTIP mit den USA und in der Gentechnik-Politik befindet sich die EU-Kommission auf Abwegen. Europa braucht deshalb mehr Möglichkeiten für die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger und des demokratisch gewählten Parlaments.

Statt gemeinsam an einem europäischen Wir zu arbeiten, drohen nationale Parteien und Gruppierungen in Europa zu erstarken. Dem treten wir GRÜNE entschieden entgegen. Wir wollen aus dem Europäischen Parlament heraus mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Europa gestalten. Wir stehen auch in Europa für konsequenten Klimaschutz, einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, eine neue Agrarwirtschaft ohne industrielle Massentierhaltung und eine Stärkung der solidarischen Ökonomie. Wir wollen Europa zum Kontinent der Erneuerbaren Energien machen. Wir wollen europäische Ungleichheiten abbauen und die Krisenländer gezielt stärken. Dass das geht, ohne die starken Länder zu schwächen, unterstreichen wir mit unserem Ansatz des „Green New Deal“.

Auch der Schutz und die Stärkung der BürgerInnen- und Menschenrechte ist für uns ein gesamteuropäisches Ziel mit höchster Priorität. Menschenrechte müssen auch für Flüchtlinge gelten. Kein Mensch darf mehr an Europas Grenzen sterben. Wir GRÜNEN stehen für eine humane Flüchtlingspolitik an Europas Grenzen und in Europa.

Liebe Wählerinnen und Wähler, liebe Freundinnen und Freunde, lebenswerte, nachhaltige Kommunen und ein friedliches, erfolgreiches Europa sind keine Utopien, sondern greifbare Ziele, für die wir GRÜNE seit nunmehr 30 Jahren engagiert arbeiten und beherzt kämpfen. Wir wollen diese Arbeit nach dem 25. Mai dieses Jahres engagiert und gestärkt fortsetzen. Das geht aber nur mit Ihrer und Eurer Unterstützung. Das geht nur mit Ihrer und Eurer Stimme. Deshalb gilt:

Am 25. Mai GRÜN bei der Kommunalwahl!
Am 25. Mai GRÜN bei der Europawahl!

Von Thekla Walker und Oliver Hildenbrand, Landesvorsitzende

Starkes Land – Starke Kommunen

Zwischen der Landes- und Kommunalpolitik gibt es vielfältige Beziehungen. Ob es um die engen Finanzbeziehungen, um Bildung, Kinderbetreuung, die Energiewende, den Nahverkehr oder die Landesstraßen geht – in nahezu allen Themenfeldern der Landespolitik gibt es Berührungspunkte mit den Kommunen.

Was Grün-Rot für die Kommunen bereits getan hat ...

Wir geben den Jugendlichen eine Stimme: Wahlalter 16

- Mit der am 11. April 2013 beschlossenen Änderung des Kommunalwahlrechts dürfen Jugendliche ab 16 Jahren in Baden-Württemberg künftig (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Gemeinderäte und Kreistage, die Stuttgarter Regionalversammlung und Ortschaftsräte mitwählen.

Bürgerbeteiligung ausbauen: Reform von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden

In der von uns initiierten interfraktionellen Arbeitsgruppe haben wir folgende Vereinbarungen getroffen:

- Senkung des Quorums für die Zulassung des Bürgerbegehrens auf 7%,
- Senkung des Zustimmungsquorums für den Bürgerentscheid auf 20%,
- Möglichkeiten für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bei der Aufstellung beziehungsweise Auslegung von Bebauungsplänen.

Finanzielle Besserstellung der Kommunen:

- Wir haben die Vorwegentnahme des Landes aus dem kommunalen Finanzausgleich um 50 Mio. Euro reduziert. Damit bleibt den Kommunen mehr Geld für ihre Aufgaben.

Maßnahmen für Gemeinden gegen Wohnungsnot:

- Erhöhung der Wohnraumförderung von 45 auf 68 Millionen Euro mit Schwerpunkt auf sozial gebundene Mietwohnungen.
- Die Kommunen können dank der Einführung eines Zweckentfremdungsverbotes die Umwidmung einer Wohnung zu anderen Zwecken an eine Genehmigung knüpfen.
- Die Gemeinde kann die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in bestimmten Gebieten genehmigungspflichtig machen.

Kleinkindbetreuung – Pakt mit den Kommunen:

- Grün-Rot hat die Mittel für die Kleinkindbetreuung seit 2012 um über 300 Millionen Euro aufgestockt und damit mehr als verdoppelt.
- Ab 2014 erhalten die Kommunen 68 Prozent der Betriebskosten für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren.

Verbesserung der Bildungschancen mit der Gemeinschaftsschule:

- Die ersten 42 Gemeinschaftsschulen sind 2012/13 an den Start gegangen. 2013/14 kamen weitere 87 Schulen hinzu.
- Die Akzeptanz für diese Schulart ist groß. So liegen für das Schuljahr 2014/15 weitere 108 Anträge vor.

Ausbau der Ganztagsschulen und Ganztagsschulgesetz:

- Vereinbarung zu den Ganztagesschulen nebst Mittagsaufsicht (Endausbau 2023: +147 Mio. Euro pro Jahr).

Ausbau der Schulsozialarbeit:

- Unter Grün-Rot beteiligt sich das Land endlich wieder zu einem Drittel an den Kosten der Jugendsozialarbeit. Die Förderung wurde für 2013 um 15 Millionen Euro aufgestockt, ab 2014 steigt die Förderung auf 25 Millionen Euro. Der Ansturm auf das neue Förderprogramm zeigt, wie dringend die Schulen und Kommunen auf Unterstützung durch das Land angewiesen sind. Insgesamt gibt es an über 2.600 Schulen Schulsozialarbeit.

Sichere Gesundheitsversorgung in der Fläche gewährleisten:

- Für eine bessere Ausstattung der Krankenhäuser haben wir schon 2011 zusätzlich 50 Millionen Euro für Investitionen bewilligt. 2012 haben wir die Mittel um weitere 45 Millionen Euro erhöht.
- 2013 und 2014 stellen wir pro Jahr nochmal zusätzlich 20 Millionen Euro zur Verfügung. 2014 stehen somit 410 Mio. Euro zur Verfügung.

Ausbau des ÖPNV und des SPNV:

- Bis 2019 werden 450 Millionen Euro aus Landesmitteln für die Ko-Finanzierung von wichtigen Projekten im ÖPNV bereitgestellt.
- Auch bei der Bestellung von Zügen schießt das Land Mittel zu, damit keine Züge abbestellt werden müssen. Rund 80 Millionen Euro im Jahr 2013 und 100 Millionen Euro im Jahr 2014 fließen aus dem Landeshaushalt, da die zugewiesenen Bundesmittel für diese Aufgabe nicht mehr ausreichen, um die Kostensteigerungen aufzufangen.

Kommunen bekommen Hilfe beim Radwegebau:

- Für den Radwegebau in den Kommunen stellt der Landeshaushalt 25 Millionen Euro zur Verfügung.
- Die neue Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsanlagen setzt die Bagatellgrenze deutlich herab: Fahrradwege können jetzt schon ab 50.000 Euro vom Land gefördert werden.

Andreas Schwarz (MdL) ist stellvertretender Vorsitzender der Grünen Landtagsfraktion. Er ist seit 18 Jahren in der Kommunalpolitik aktiv und Vorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung GAR

Grüne Bilanz in Europa

Die vergangenen fünf Jahre waren geprägt von Herausforderungen für Europas Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. In den Debatten um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, den Aufschwung populistischer Euroskeptiker und die notwendige energie- und klimapolitische Weichenstellung haben wir deutlich Position bezogen. Lebensmittelskandale und Landwirtschaftspolitik, die Diskussion um staatliche Überwachung und Datenschutz oder die Kooperation mit demokratischen Umbruchsbewegungen, wie dem arabischen Frühling und die europäische Flüchtlingspolitik spielten eine große Rolle.

Wir waren als Grüne im Europäischen Parlament durchaus erfolgreich. Gemeinsam konnten wir Erfolge erzielen, wie die Deckelung der Boni von BankerInnen, bei der Einführung einer europäischen Bankenaufsicht oder dem Kampf für eine Jugendgarantie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Wir haben nicht nur die Energieeffizienzrichtlinie erfolgreich vorangetrieben und gestaltet, sondern uns gegen den Anbau genmodifizierter Pflanzen in der EU eingesetzt. Unsere größten Errungenschaften im Bereich des Datenschutzes im digitalen Zeitalter lagen in der Mobilisierung, dem Widerstand gegen und der Verhinderung des Anti-Produktpiraterie-Abkommens ACTA, sowie der vom Europaparlament unterstützten Forderung nach einer Aussetzung des Übertragungsabkommen für Bankdaten (SWIFT) im Zuge der NSA-Affäre. Durch meine industriepolitische Arbeit als Berichterstatter für eine Strategie einer „Renaissance der Industrie für ein nachhaltiges Europa“ konnten wir neue Ideen für eine nachhaltige wirtschaftliche Zukunft Europas aufzeigen.

Trotz all dem bleibt viel zu tun. Das Scheitern eines europäischen Emissionshandelssystems, die Verwässerung ehrgeiziger Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, verbleibende demokratische Defizite innerhalb der Europäischen Union, der immense Einfluss von Lobbyisten, Lücken bei Datenschutz und Urheberrechten, sowie mangelnde Kontrolle beim Export von Rüstungsgütern sind einige Beispiele problematischer Entwicklungen. Wir werden uns auch in Zukunft insbesondere in den Bereichen tatkräftig einsetzen, in denen wir unsere Vorstellungen noch nicht verwirklichen konnten – und für unsere Überzeugungen eintreten.

Die Grünen im Europäischen Parlament bleiben auch zukünftig die stärkste Stimme gegen „Fracking“ und Atomenergie. Unserer Forderung einer Energiewende auf europäischer Ebene werden wir in der kommenden Legislaturperiode weiteren Nachdruck verleihen. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft hinterfragen wir Initiativen wie das geplante Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) kritisch und gestalten so auch in den kommenden fünf Jahren Politik auf europäischer Ebene nach grünen Idealen.

Reinhard Bütikofer ist Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei und seit 2009 Mitglied des Europaparlaments. Er sitzt im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie.

„Ein Projekt, für das es sich zu kämpfen lohnt“

Ska Keller ist beim Green Primary zur europäischen Spitzenkandidatin der Grünen gewählt worden. Die Brandenburgerin ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Grüne Blätter: Warum wählst du bei der Europawahl?
Ska: Weil wir Grüne Europa rocken können! Europa ist für mich ein Projekt, für das es sich zu kämpfen lohnt. Ich bin an der polnischen Grenze aufgewachsen und habe erlebt, wie großartig es ist, wenn einem Europa plötzlich offen steht. Das dürfen wir uns von RechtspopulistInnen nicht kaputt machen lassen. Ich kämpfe für ein offenes und solidarisches Europa.

GB: Was ist GRÜN in Europa?
Ska: Wir Grüne haben überall in Europa unsere Handschrift hinterlassen: Wir haben das Anti-Produktpiraterieabkommen ACTA abgeschmettert; wir haben es geschafft, dass Europa weitestgehend genfrei ist; wir haben Frontex eine Menschenrechtsbeauftragte verordnet; und wir haben Jugendgarantien zur Beschäftigung junger Menschen auf den Weg gebracht.

GB: Was läuft gut in Europa und was läuft schief?
Ska: Mit der Europäischen Bürgerinitiative haben EU-Bürgerinnen und Bürger endlich ein Mitspracherecht in Europa! Leider denken viele nur noch an Krise, wenn sie EU hören. Wir müssen deshalb die Menschen wieder in den Mittelpunkt der europäischen Politik stellen. Wir brauchen eine europäische Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik für die Menschen, nicht nur für Banken und Unternehmen.

GB: Wenn du allein eine bindende Entscheidung für Europa treffen könntest, welche wäre das?
Ska: Es ist die größte Schande für Europa, dass es die Menschenrechte an seinen Außengrenzen mit Füßen tritt. Die menschenverachtende Flüchtlings-Abwehrpolitik muss ein Ende haben! Ich würde dafür sorgen, dass Flüchtlinge nicht mehr vor den europäischen Küsten sterben und Europa in einen gemeinsamen Schutzraum für Flüchtlinge verwandeln.

Boris Palmer ist Oberbürgermeister von Tübingen und bewirbt sich dieses Jahr für seine zweite Amtszeit. Zuvor saß der Sohn des „Remstall-Rebellen“ für uns im Landtag.

Grüne Blätter: Warum wählst du bei der Europawahl?
Boris: Weil der Einfluss von Entscheidungen des europäischen Parlaments auf die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen beständig wächst und es einen Unterschied macht, ob die Mehrheit des EP Wettbewerb zum Selbstzweck macht oder soziale und ökologische Fragen beachtet.

GB: Was ist GRÜN in Europa?
Boris: Die Umweltschutzgesetzgebung ist mindestens seit zwei Jahrzehnten stark von der EU vorangetrieben worden. Die FFH-Richtlinie ist ein sehr effektives Bespiel, wie europaweit Lebensräume geschützt werden können, auch gegen Widerstände, die national oder kommunal nicht zu überwinden wären.

GB: Was läuft gut in Europa und was läuft schief?
Boris: Im Europaparlament wird mehr an der Sache als an Parteilinien gearbeitet. Das ist ein großer Vorteil der Konstruktion als Gegenwicht zu Rat und Kommission. Zunehmend schwieriger wird es für mich, in Tübingen zu erklären, warum bei uns EU-Richtlinien bis aufs Komma umgesetzt werden müssen, während sie in anderen Ländern keine Rolle spielen.

GB: Wenn du allein eine bindende Entscheidung für Europa treffen könntest, welche wäre das?
Boris: Ich würde den Verfassungsrang der kommunalen Selbstverwaltung auf die europäische Ebene hieven. Wir müssen diese immer wieder mühsam in Abwehrkämpfen verteidigen, weil leider nur wenige andere Staaten dieses erfolgreiche und bürgernahe Modell kommunaler Entscheidungsfreiheit kennen.

Franziska Brantner ist seit 2013 Bundestagsabgeordnete aus Heidelberg. Die frühere Europaabgeordnete ist Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik.

Grüne Blätter: Warum wählst du bei der Europawahl?
Franziska: Die Wahl ist eine Chance für uns WählerInnen. Sie bietet die Möglichkeit, auf europapolitischer Ebene Einfluss darauf auszuüben, ob es in Zukunft ambitionierte EU-Klimaziele gibt, ob eine europaweite Frauenquote verpflichtend wird, ob wir faire Handelsverträge bekommen oder einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen.

GB: Was ist GRÜN in Europa?
Franziska: Grün an Europa ist vor allem, dass es über Grenzen hinweg Möglichkeiten gefunden hat, zwischen Staaten auftretende Konflikte friedlich beizulegen und dass uns das Europäische Parlament ermöglicht, grenzübergreifende Probleme auch grenzüberschreitend zu lösen, wie beispielsweise Luftverschmutzung oder die Sicherheit von Lebensmitteln.

GB: Was läuft gut in Europa und was läuft schief?
Franziska: Gut ist: Der wirtschaftliche Binnenmarkt im Sinne von Warenaustausch und ein vergleichsweise hohes Niveau an Verbraucherschutz. Jedoch hat das Management der Eurokrise viel Vertrauen in Europa zerstört. Mängel offenbaren sich bei der Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien und beim Umgang mit Flüchtlingen und Minderheiten, sowie in der Außenpolitik.

GB: Wenn du allein eine bindende Entscheidung für Europa treffen könntest, welche wäre das?
Franziska: Ich möchte erreichen, dass alle EU- weiten Gesetzesvorhaben vorab einem verbindlichen Nachhaltigkeitstest unterzogen werden. Umweltverträglichkeitsprüfungen allein reichen nicht aus. Produzieren wir, handeln wir oder reisen wir so, dass wir unsere Lebensgrundlagen und die unserer Nachkommen bewahren? Leben wir auf Kosten künftiger Generationen?

Cem Özdemir ist unser Bundesvorsitzender und Mitglied des Deutschen Bundestages. Der „anatolische Schwabe“ war zuvor Abgeordneter des Europäischen Parlaments.

Grüne Blätter: Warum wählst du bei der Europawahl?
Cem: Weil ich mitbestimmen möchte, wer im nächsten Europaparlament sitzt. Da möchte ich möglichst viele Grüne sehen. Es sollte zumindest eine starke Stimme geben, bei der ich mir sicher sein kann, dass sie sich klar pro-europäisch äußert.

GB: Was ist GRÜN in Europa?
Cem: Grün sind die Menschen in Europa, die eine saubere Luft und gesunde Wälder schätzen. Die sich darüber gefreut haben, dass das EU-Parlament, dank einer Initiative der GRÜNEN, einen besseren Schutz der Meere angestoßen hat. Auch die Forderung nach hohen Standards im Verbraucherschutz, wie wir es gerade beim TTIP sehen, haben einen starken Grünen Grundton.

GB: Was läuft gut in Europa und was läuft schief?
Cem: Es gibt Vieles, dass wir verbessern wollen: Herrn Oettingers Energiepolitik auf Kosten des Klimas, die Agrarpolitik, die wir seit Jahren kritisieren oder der beschämende Umgang mit Flüchtlingen. Aber die EU hat auch Einiges geleistet. Dass Länder wie Frankreich, Deutschland und Polen eng zusammenarbeiten, ist eine Errungenschaft und Grundlage unseres Wohlstands.

GB: Wenn du allein eine bindende Entscheidung für Europa treffen könntest, welche wäre das?
Cem: Derzeit halte ich Eines für besonders wichtig: Wir sollten die Zeit der 28 Bonsai-Außenpolitiken beenden. Wir brauchen eine EU, die gegenüber anderen Staaten und Regionen mit einer klaren Stimme sprechen kann. Die Situation in der Ukraine ist ein gutes Beispiel dafür, dass die EU mit einer gemeinsamen Außenpolitik viel mehr bewegen könnte.

Klimaschutz ohne Grenzen

Eine riesige Chance wartet auf die Europäische Union: Im Herbst 2015 könnten wir einen Meilenstein setzen im internationalen Klimaschutz – bei der nächsten UN-Klimakonferenz, die in Paris stattfinden soll. Mit Begeisterung und Ehrgeiz könnte die EU die anderen Länder mitziehen und für ein globales Abkommen sorgen, das wir so dringend brauchen, um den Klimawandel in Schach zu halten.

Dass die Europäische Union das kann, hat sie in der Vergangenheit bereits bewiesen: 2007 haben sich die Mitgliedsstaaten der EU als erste Region der Welt auf Ziele für weniger CO2, mehr erneuerbare Energien und Energieeinsparung geeinigt. Die EU galt als Vorzeigeregion in Sachen Klimaschutz und Deutschland ging mit Atomausstieg und Energiewende mit großen Schritten voran.

Doch die EU hat ihren Ehrgeiz beim Klimaschutz verloren. Mehr noch: Immer mehr Politikerinnen und Politiker benutzen die Wirtschaftskrise als Vorwand, um eine wahre Konterrevolution in der Energie- und Klimapolitik einzuleiten. Energie, so heißt es aus vielen Hauptstädten der EU, muss vor allem billig sein. Das mit dem Klima sehen wir später. Und die deutsche Bundesregierung, die zu Hause offiziell um die Energiewende kämpft, mischt dabei kräftig mit.

Der deutsche EU-Energie-Kommissar Günther Oettinger malt in Brüssel und anderswo immer wieder das Schreckensbild der Deindustrialisierung Europas an die Wand, wenn Klimaziele angeblich die Energiepreise in die Höhe treiben. Statt auf eine europäische Energiewende setzt der CDU-Mann auf den alten Energiemix von Atom und Kohle und das gefährliche Fracking.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel lässt ihn gewähren. Aber es reicht nicht, zu Hause Atomkraftwerke abzuschalten und erneuerbare Energien zu fördern. Merkel und auch ihr Wirtschaftsminister Gabriel dürfen den Vertretern der alten Energiepolitik nicht Europa überlassen. Dem Energiewendeland Deutschland kommt bei der weiteren Ausrichtung der europäischen Klima- und Energiepolitik eine besondere Verantwortung zu. Jetzt muss sich zeigen, ob Gabriels Herz tatsächlich grün oder doch kohleschwarz schlägt.

Die europäische Klimapolitik läuft derzeit in die völlig falsche Richtung: Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Ziele für 2030 sind mehr als schwach. Die CO_2-Emissionen sollen demnach bis 2030 um 40 Prozent sinken und der Anteil der Erneuerbaren Energien soll auf 27 Prozent steigen. Aber es gibt keine entsprechenden nationalen Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es bleibt also viel Spielraum für die Atom- und Kohlefans unter den Mitgliedsstaaten. Und ein Ziel zur Energieeinsparung wird erst gar nicht festgelegt. Ehrgeiziger Klimaschutz sieht anders aus.

Wir brauchen drei verbindliche Ziele für 2030. Denn Klimaschutz nützt nicht nur der Umwelt. Eine ehrgeizige und nachhaltige Energiepolitik bietet auch Chancen für innovative, saubere Technologien und neue Jobs. Mittlerweile arbeiten in der EU 1,2 Millionen Menschen im Sektor der Erneuerbaren. Das Potential ist riesig – wir dürfen es nicht ignorieren. Das wäre nicht nur dem Klima gegenüber verantwortungslos, sondern auch gegenüber den Menschen. Wir brauchen eine europäische Energiewende, einen europäischen Pakt für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Um diese Ziele zu erreichen brauchen wir starke Grüne im Europäischen Parlament.

Rebecca Harms ist unsere Spitzenkandidatin für die Europawahl und die Fraktionsvorsitzende im Europäischen Parlament. Dort beschäftigt sie sich unter anderem mit Energiepolitik und Klimaschutz.

Handelsabkommen TTIP – Das Trojanisches Pferd

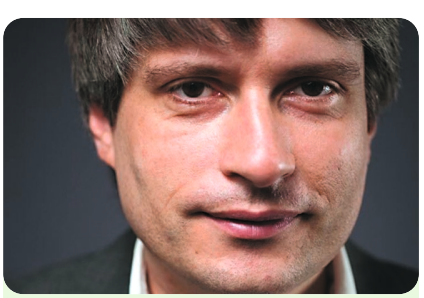
Europa ist Freiheit. Entscheidungsfreiheit. Durch das direkt gewählte Europaparlament setzen Bürgerinnen und Bürger der EU dem Binnenmarkt Regeln. Das ist ein Gewinn dank der Vereinigung Europas. Denn Deutschland ist im globalen Maßstab inzwischen zu klein für eine soziale und ökologische Wirtschaft mit demokratischem Rahmen. Große Konzerne können einzelne Länder gegeneinander ausspielen. Auch die Banken haben das in der Krise oft getan. Nur gemeinsam kann die EU die Bedingungen setzen. Durch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, drohen uns nun nicht nur Chlor-desinfizierte Hühnchen, Genmais und Rindfleisch voller Hormone – unser demokratisches Recht zur sozialen und ökologischen Gestaltung unserer Umwelt ist in Gefahr.

Im TTIP-Vertrag sollen neue Sondergerichte und ein Klagerecht speziell für Konzerne festgeschrieben werden. Scheinbar ungefährlich ist von „Investitionsschutz" die Rede. Konzerne bekommen „gerechte und billige Behandlung" garantiert. Doch dahinter verbergen sich knallharte Regeln zum Schutz der politischen Interessen von großen Investoren. In solchen Schiedsgerichten entscheiden nicht Richter, sondern spezialisierte Anwälte, die oft vorher Konzerninteressen vertreten haben. Verhandelt wird geheim. Entscheidungen können nicht durch ordentliche Gerichte angefochten werden. Die Folge: Mit Verweis auf diesen schwammigen Schutzstandard in schon bestehenden Verträgen klagt der Energiebetreiber Vattenfall gegen den Atomausstieg in Deutschland und verlangt über 3,7 Mrd. Euro Schadensersatz. Diese Investor-Staat-Klagen drohen schon durch das Freihandelsabkommen mit Kanada, kurz CETA. In dem fertig verhandelten, aber noch nicht beschlossenen Text, würde die EU diese Sonderrechte das erste mal festschreiben. Amerikanische Konzerne könnten über den Umweg Kanada klagen. Wir fordern deshalb die Streichung der Sondergerichte aus CETA und TTIP.

Die Geschichte der EU ist eine Geschichte des langsamen Fortschritts für soziale Rechte und Umweltschutz, inzwischen auch für Bankenregulierung. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen haben wir Grüne hart gekämpft für weniger Chemie, Essen frei von Gentechnik und für die europäische Bankenaufsicht. Bisher können wir alte und neue Probleme mit der richtigen Mehrheit lösen. Durch die in TTIP geplante dauerhafte „regulatorische Zusammenarbeit" ist das in Gefahr. Damit sollen Lobbyisten noch vor den Parlamentariern klären, was noch beschlossen werden darf. Lobbyisten und der US-Kongress bekämen ein Veto in europäischen Entscheidungen. Das ist nicht die Freiheit, die wir an Europa lieben. Um endlich frei

diskutieren zu können, haben wir Grünen das Verhandlungsmandat jetzt unter www.ttip-leak.eu veröffentlicht, damit sich alle selbst ein Bild davon machen können. Wichtige Teile der Verhandlungen bleiben aber geheim. Dabei kennen die NSA und die amerikanische Delegation die Papiere doch wahrscheinlich ohnehin.

Wir wollen die volle Transparenz der Verhandlungen um TTIP. Wir wollen ein Verhandlungsmandat, das unsere demokratische Selbstbestimmung in Europa und unsere sozialen und ökologischen Standards unangetastet lässt, und keine Sonderrechte für Konzerne schafft. Deshalb werden wir die Europawahl am 25. Mai zu einer Abstimmung über TTIP machen. Ohne neues, viel schlankeres Verhandlungsmandat gibt es mit uns kein Abkommen. Der Sozialdemokrat Martin Schulz und der Konservative Jean-Claude Juncker kämpfen bei der Wahl um den Job als EU-Kommissionspräsident. Beide werden zu einer Mehrheit Koalitionspartner brauchen. Unsere Grünen Stimmen bekommt nur, wer die Demokratie, das Klima und das Gemeinwohl in der EU schützt.



Sven Giegold ist unser Spitzenkandidat zur Europawahl. Er ist wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Grünen Europafraktion und seit 2009 im Europaparlament. Er wuchs in Hannover auf, gründete Attac mit und hat Wirtschaft, Politik und Erwachsenenbildung studiert.

Bäuerin aus Leidenschaft

Maria Heubuch hat es satt – und zwar gründlich. Hormonfleisch, Gen-Technik, Massentierhaltung, Mauscheleien, dazu das fast schon traditionelle Einknicken der Bundesregierung vor der Agrarlobby: Damit muss Schluss sein! Auf Demos macht sie ihrem Ärger regelmäßig Luft – und mit ihr weitere Zehntausende, die eine Kehrtwende in der Agrarpolitik fordern. Maria Heubuch aus Leutkirch im Allgäu ist mit Mitstreiterinnen und Mitstreitern der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) angereist, deren Bundesvorsitzende die Milchbäuerin seit vielen Jahren ist.

Maria Heubuchs Ziel ist klar: Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe, artgerechte Tierhaltung, Kampf gegen die Agro-Gentechnik – kurz: eine soziale, tiergerechte und ökologische Agrarwende. Maria Heubuch weiß: Ohne Druck bewegt sich nichts. Deshalb will die 55-Jährige für Bündnis 90/Die Grünen ins Europaparlament – denn in Brüssel und Straßburg spielt in Sachen Agrarpolitik die Musik. „In der EU werden die Rahmenbedingungen gesetzt. Hier wird entschieden, ob unsere kleinen und mittleren Höfe eine Zukunft haben – oder ob die Zukunft den Agrarfabriken und der Massentierhaltung gehört.“ Im EU-Parlament möchte sie sich deshalb „mit ganzer Kraft und mit meinen agrarpolitischen und praktischen Erfahrungen einsetzen“. Ihre Chancen stehen gut: Im Januar, auf dem Parteitag in Dresden, wurde die Bäuerin aus Baden-Württemberg auf einen aussichtsreichen elften Listenplatz gewählt.

Erfahrung – das hat Maria Heubuch in der Tat in doppelter Hinsicht: als Landwirtin und als politische Strippenzieherin. Die gelernte Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft betreibt seit Jahrzehnten mit ihrem Mann eine Vollerwerbs-Landwirtschaft – rund 40 Kühe, eigene Nachzucht, Grünland, Wald, eine kleine Biogasanlage. Das Halten von Milchvieh bedeutet: Jeden Morgen um fünf Uhr in den Stall, abends noch einmal. Und dann bestenfalls um 22 Uhr ins Bett, um am nächsten Tag wieder fit für die Arbeit zu sein – sofern nicht noch ein Termin ansteht, bei dem die Mutter von zwei Jungs mal wieder um die Zukunft der Landwirtschaft streitet. Denn Maria Heubuch ist Bäuerin aus Leidenschaft. Ihren Hof, den demnächst ihr ältester Sohn übernimmt, will sie sich von nichts und niemandem zerstören lassen.

Sie kämpft für die Höfe im Allgäu

Das Jahr 1983: Die Einführung der Milchquote bringt die damals 25-Jährige in Rage – und in die Politik. „Dieser staatliche Eingriff war der Anlass für mein Engagement! Ich wollte dafür kämpfen, dass unsere Höfe im Allgäu überleben können“, erzählt Maria Heubuch. Die gebürtige Ravensburgerin mischt fortan in regionalen Arbeitskreisen des Bauernverbandes mit. Doch die Ergebnisse in diesen Runden stellen sie nicht zufrieden.
1984 gründet die Leutkircherin deshalb mit anderen den „Verband für den Erhalt klein- und mittelbäuerlicher Betriebe“, der später in der AbL aufgeht. 1998 wird Maria Heubuch deren Vorsitzende. 2011 tritt sie bei Bündnis 90/Die Grünen ein – für Maria Heubuch „eine logische Konsequenz“. Denn: „Keine andere Partei tritt mehr für die Interessen von uns Landwirten ein und für den Erhalt der Lebensgrundlagen für die zukünftigen Generationen.“

Und jetzt also das Europaparlament. Für Maria Heubuch ist das der nächste logische Schritt. Hier müsse sie jetzt weiterbohren, Druck ausüben, ihre Kompetenzen einbringen. Denn: „Kein anderer Poli-

Agrarpolitik, die allen schmeckt

tikbereich, der in der Zuständigkeit der EU liegt, hat so weitreichende Konsequenzen für den Zustand unserer Umwelt – für Wasser und Böden, für die Artenvielfalt, für den Tierschutz und das Klima. Kein anderer Bereich wirkt sich so unmittelbar auf die Lebens- und Existenzgrundlagen von uns Menschen aus."

Gentechnik ist ein Alptraum

Heute, betont Maria Heubuch, geht es darum, ob schon morgen auf den Äckern genmanipulierte Pflanzen wachsen. Ein Alptraum für sie: „Einmal in der Natur, ist diese Risikotechnologie nicht mehr rückholbar." Es geht um das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU – und damit um die Gefahr, „dass demokratisch entwickelte Standards im Verbraucher-, Daten-, Umwelt- und Tierschutz gekippt und unterlaufen werden". Besonders genervt ist die Allgäuerin davon, dass im Geheimen verhandelt wird. „Entscheiden muss doch das gewählte EU-Parlament! Wer sonst?"

Also will Maria Heubuch das tun, was sie schon immer tut: Hartnäckig weiter am dicken Brett bohren. Ein mühseliges Geschäft, gewiss. Aber in vielen Jahren aktiver Bündnisarbeit habe sie gelernt, dass es immer Chancen und Fortschritte gebe, erklärt Maria Heubuch – auch in Brüssel. Denn die EU biete beachtliche Möglichkeiten, das Zusammenleben von 500 Millionen Europäerinnen und Europäern grüner und gerechter zu gestalten – „Dafür stehe ich, daran will ich mitwirken."

Bettina Jehne ist Pressesprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg. Mehr als 20 Jahre arbeitete sie als Redakteurin bei der Schwäbischen Zeitung und dem Reutlinger General-Anzeiger. Wie Maria Heubuch stammt sie aus dem Kreis Ravensburg und teilt mit ihr die Liebe zu Oberschwaben und dem Allgäu.

Die EU-Agrarpolitik berührt grundlegende Zukunftsfragen unserer Gesellschaft und der Weltbevölkerung insgesamt. Kein anderer Politikbereich der EU hat so weitreichende Konsequenzen für den Zustand unserer Umwelt, für die Artenvielfalt, den Tierschutz und das Klima. Dies wirkt sich auch unmittelbar auf die Lebens- und Existenzgrundlagen von Menschen in den Ländern des Südens aus. Es geht um weit mehr als um leckere, gesunde Lebensmittel.

Die bisherige Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik schmeckt vor allem der Agrar- und Ernährungsindustrie, die Milliardengewinne erwirtschaftet – auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt und häufig gegen den Willen einer Mehrheit der Bevölkerung. Aktuelles Beispiel ist die Auseinandersetzung um die gentechnisch veränderten Maissorte TC 1507.

19 EU-Mitgliedsstaaten sprachen sich gegen und nur fünf für eine Zulassung aus. Es reichte dennoch nicht für eine qualifizierte Mehrheit, um Genmais 1507 zu verhindern. Die Kommission hatte schon im Vorfeld angekündigt, in diesem Fall gemäß den geltenden Regeln die Anbauzulassung zu erteilen. Vier EU-Mitgliedstaaten hatten sich enthalten, auch Deutschland. Mit ihrer Enthaltung hat die Bundesregierung ihre Stimmen an die Kommission verschenkt! Nun wird über eine Rechtsgrundlage nationaler Anbauverbote verhandelt. Das Kalkül dahinter ist, die Blockadehaltung gentechnikkritischer Mitgliedsstaaten zu durchbrechen, um weitere Anbauzulassungen auf EU-Ebene zu erleichtern.

Auch das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) ist auf die Bedürfnisse der Industrie und nicht der Bevölkerung ausgerichtet. TTIP sieht die weitgehende Beseitigung aller Handelsbarrieren vor, um dadurch die größte Freihandelszone der Welt zu schaffen. Standards im Verbraucher-, Daten-, Umwelt- und Tierschutz stehen hier auf dem Spiel.

Und bei den Kernpunkten der jetzt beschlossenen EU-Agrarreform wurden die sehr fortschrittlichen Vorschläge der EU-Kommission mit wichtigen GRÜNEN Forderungen erheblich abgeschwächt und ins Belieben der Mitgliedstaaten gestellt: das Greening der Zahlungen ebenso wie der gerechtere Einsatz der finanziellen Mittel. Wenn die Mitgliedstaaten es nicht selbst anders beschließen, bekommen Landspekulanten mit Tausenden von Hektaren weiter die volle Prämie aus Brüssel. Somit wird Landgrabbing durch Steuergelder gefördert.

Europa braucht ein starkes Parlament, das die Rechte aller Menschen durchsetzt und sich in seinem Handeln der gesamten Gesellschaft und den zukünftigen Generationen verpflichtet. Das ist das beste Mittel, um Europa den Populisten wie auch den Industrie-Lobbyisten zu entreißen.

Maria Heubuch kämpft seit Jahrzehnten fürs Überleben von kleineren und mittleren Höfen. Das will die Allgäuerin künftig auch in Brüssel tun - sie ist unsere Kandidatin für das Europäische Parlament.

Wählen ist supergeil ...

Melis Sekmen ist die Spitzenkandidatin der Mannheimer Grünen. Die 20 Jährige studiert Politische Ökonomie in Heidelberg und ist Mitglied im Kreisvorstand Mannheim.

Edwina Iyen ist Mitglied im Landesvorstand der Grünen Jugend und darf dank der Wahlrechtsreform bei den Kommunalwahlen zum ersten Mal wählen.

Terry Reintke ist unsere jüngste Kandidatin für das Europäische Parlament. Sie war Mitglied im Bundesvorstand der Grünen Jugend und Sprecherin der Federation of Young European Greens.

Wählen ist sehr, sehr geil und lohnt sich! Die Grundsteine für Veränderungen werden in den Parlamenten gelegt, denn sie entscheiden was morgen in deiner Stadt passiert! Wählen ist keine Pflicht. Doch aus dieser Freiheit erwächst die Verantwortung sich um die Gesellschaft zu kümmern. Dazu zählt mindestens wählen zu gehen. Doch nicht nur wählen, sondern auch gewählt werden, zählt. Um meine und die Stimme vieler anderer direkt zu vertreten, kandidiere ich für den Gemeinderat in und für Mannheim. Wähl auch du deine Stimme in die Parlamente!

...weil du mit deiner Wahl deine Stimme für eine Veränderung in der Politik erhebst. Und mehr als das – durch Wählen nehmen wir direkten Einfluss auf das politische Geschehen. Wählen bedeutet sich dessen bewusst sein, dass wir unsere Interessen nur durch die aktive Teilnahme an der Demokratie in die Parlamente einbringen können.

Besonders die Möglichkeit nun ab dem 16. Lebensjahr auf kommunaler Ebene mitwählen zu können, ist einzigartig und sollte genutzt werden, denn vor allem die jungen Menschen sind es, die die Auswirkungen der Politik am längsten zu spüren bekommen – Also worauf wartet ihr? Informiert euch und setzt euer Kreuz!

Stell dir vor, du würdest in Nordkorea leben. Da könntest du zwar auch wählen, aber es würde immer nur ein Name auf dem Wahlzettel stehen.

Bei uns ist wählen vielleicht ein bisschen komplizierter, aber genau das macht es ja aus: Du kannst entscheiden, ob du willst, dass das Klima geschützt wird, ob Frauen und Männer endlich gleichberechtigt werden und ob deine Daten geschützt werden.

Du kannst aber noch viel mehr. Wenn du nämlich alle Politiker*innen scheiße findest, kannst du selber kandidieren und dich in die Politik einmischen.

IMPRESSUM:

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Königstraße 78 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
Telefax 0711-99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Redaktion:
Barbara Alexander, Kathleen Bärs, Florian Krebs, Lea Krug, Carola Oßmer, Carsten Preiss, Sonja Rajsp, Heike Wagner, Michael Wustmann

Bildnachweis:
Seite 1: cc Chase Dekker – flickr.com
Seite 2 und 3: © Karin Fiedler karinfiedler.de
Seite 5: © Anton Balazh, Fotalia
Seite 9: cc summerbl4ck – flickr.com
Seite 10 und 11:
© Florian Jaenicke – florianjaenicke.de

Layout&Satz:
gerhard@fontagnier.de

Druck:
auf Umweltpapier bei Dierichs Druck+Media GmbH & Co KG, Kassel
(Auflage 11.000 Exemplare)

Ihr habt es in der Hand

Winfried Kretschmann ist überzeugter Europäer und bezeichnet sich selbst als „Provinzpolitiker aus Leidenschaft“.

„Die Vereinigten Staaten von Europa sind die große Vision für unseren Kontinent. Die EU ist das Beste, was Europa in den letzten Jahrhunderten politisch zustande brachte. Frieden und Freiheit sind ihre Basis, Nachhaltigkeit muss ihre Zukunft werden. Ihr habt es in der Hand, mit Eurem Einsatz und Eurer Stimme bei der Europawahl am 25. Mai: Gemeinsam können wir ein Zeichen für die Europäische Idee und gegen populistische Stimmungsmache setzen und der Angst vor Europa unseren Mut für Europa entgegenhalten.

Eine hohe Beteiligung wünsche ich mir auch für die Kommunalwahl, denn die wichtige und unverzichtbare Arbeit all jener, die sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagieren, muss die Aufmerksamkeit von uns bekommen, die ihr zusteht.“